

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

26.10.1929 (No. 250)

Expedition: Karlsruher Zeitung Nr. 14, Preisprospekt Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amen, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, Zwangsweiser Vortreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. - Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Revisionsklausel des Youngplanes

Die Gegner des Youngplanes behaupten, daß er keinerlei Möglichkeiten der Revision enthalte. Entspricht diese Behauptung den Tatsachen? Als die deutschen Sachverständigen sich in Paris zur Annahme des Youngplanes entschlossen, taten sie dies nur unter der Bedingung, daß in den Wortlaut des Vertrages eine Revisionsklausel eingebaut werde. Dieser Forderung ist seitens der Gläubigerstaaten bis zu einem gewissen Grade entsprochen worden. Zunächst ist für den geschätzten Teil der Jahreszahlungen in durchschnittlicher Höhe von zunächst 1,4 Milliarden, dem ein ungefährt Teil von durchschnittlich 612 Millionen gegenübersteht, die Möglichkeit eines Übertragungs- und Zahlungsaufschubes auf Grund einseitiger Erklärung durch Deutschland vorgesehen. Mit der Finanzprüfung dieses Moratoriums betrautete Deutschland gleichzeitig die Einberufung des beratenden Sonderausschusses durch Bank für den internationalen Zahlungsausgleich. Es kann außerdem unter bestimmten Voraussetzungen die Einberufung dieses Ausschusses auch ohne vorherige Finanzprüfung des Moratoriums verlangen. Somit bestehen für Deutschland wahrweise zwei Möglichkeiten der Finanzprüfung des beratenden Sonderausschusses.

Der Ausschuss hat nach seiner Einberufung die Lage Deutschlands gründlich zu untersuchen und hierauf der Internationalen Bank und den beteiligten Regierungen seine Vorschläge zu unterbreiten. Kommt der Ausschuss zu einem den jeweiligen deutschen Wünschen entsprechenden Ergebnis, so sind die Internationalen Bank und die Gläubigerregierungen nicht ohne weiteres an den Vorschlag des Ausschusses gebunden. Da jedoch der beratende Sonderausschuss aus Männern besteht, die teilweise schon als Sachverständige bei der Abfassung des Youngplanes mitgewirkt haben, und die durchweg dem Direktorium der Internationalen Bank angehören werden, wird ihre Entscheidung voraussichtlich auch die des Direktoriums der Internationalen Bank sein, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß auch die beteiligten Regierungen dem Urteil der in diesem Gremium vereinigten Persönlichkeiten beitreten und der Durchführung ihrer Entscheidungen keine Schwierigkeiten bereiten werden.

Bei unvoreingenommener Prüfung wird man erkennen, daß diese Revisionsmöglichkeit den deutschen Interessen entgegenkommt, und so steht zu erwarten, daß damit eine Sicherheit gegen eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft und Währung geschaffen ist, die im geeigneten Zeitpunkt von Deutschland eingeschaltet werden kann.

Disziplinarverfahren in Preußen

Berlin, 26. Okt. (Priv.-Tel.) Der Bürgermeister von Schöneberg, der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Berndt, hat dem „Kölnischen Volksblatt“ zufolge an den Berliner Magistrat ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er nicht in der Lage sei, die Verfügung auszuführen, wonach die bekannte Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten über das Verhalten der Beamten gegenüber dem Volksbegehren an die ihm unterstellte Beamtenchaft weitergegeben werden sollte. Das Volksbegehren sei vom Reichsinnenminister vorbehaltlos zugelassen und dadurch klargestellt worden, daß es gesetzmäßig sei. Er könne die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten nicht weitergeben. Er verzichte auf seine Immunität als Reichstagsabgeordneter.

Von unterrichteter preussischer Seite wird dazu erklärt, daß die Aufhebung der Immunität nur durch den Reichstag selbst erfolgen kann, dieser Passus in dem Schreiben Berndts also die Bedeutung hat, daß er sich der Aufhebung nicht widersetzen würde. Die Aufhebung ist in der Tat notwendig, wenn ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden soll. Dieses Verfahren ist von der zuständigen Aufsichtsbehörde, dem Oberpräsidenten beauftragt. Er hat bereits die erforderlichen Schritte eingeleitet, um die Aufhebung der Immunität zu erreichen.

Ein Regierungsrat vom Amt suspendiert

Reichsfinanzminister Dr. Gilsperding hat, laut „Vorwärts“, den nationalsozialistischen Regierungsrat Dr. Fabricius vom Landesfinanzamt Berlin mit sofortiger Wirkung vom Amt suspendiert. Auf Anordnung der Reichsregierung war am 22. Oktober ein Teil des Auftrags des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei vom 30. September 1929 als „Stresemanns Vermächtnis“ in den Dienstgebäuden angeschlagen worden. Das geschah, weil sich dieser Teil des Auftrags gegen das Volksbegehren richtete. Dr. Fabricius hat diesen Anschlag eigenmächtig abgelesen und der Aufforderung des Präsidenten des Landesfinanzamtes, das Material wieder anzubringen, zunächst keine Folge geleistet. Sein Briefwechsel mit seinem vorgeordneten Präsidenten über den Vorfall, der die deutsche Absicht verriet, sein bisheriges Treiben fortzusetzen, hat dem Reichsfinanzminister Veranlassung gegeben, Dr. Fabricius sofort seines Amtes zu entheben. Außerdem schwebt gegen Dr. Fabricius ein Disziplinarverfahren wegen ungehöriger Angriffe auf die Reichsregierung in öffentlichen Blättern.

Zu den bayerischen Gemeindevätern. In München waren Vorträge im Gange, eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Diese ist aber bereits daran gescheitert, daß keine Einigung zwischen Bayerischer und Deutschnationaler Volkspartei zustande gebracht werden konnte. Dagegen ist die Wahlvereinbarung zwischen der Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, die unter dem Namen Freie Bürgerliche Mitte auftraten, gesichert. Sie wird wohl Bedeutung nicht nur für die Münchener Gemeindeväter haben, sondern sich auch auf die Beziehungen der drei Parteien für die Landespolitik auswirken.

Ein Stresemannplan in Dresden. Die Stadtverordneten in Chemnitz nahmen einen Antrag an, den Wilhelmplatz in Dresden-Kleiststadt in Stresemannplatz umzubenennen.

Letzte Nachrichten

Berabsetzung der amerikanischen Reparationsansprüche

Abmachungen außerhalb des Youngplanes

Im Staatsdepartement in Washington wurde am Freitag zu Berliner Meldungen über Verhandlungen hinsichtlich einer Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen an die Vereinigten Staaten erklärt, daß es sich bei diesen Verhandlungen um den Entwurf eines Vertrages zwecks Herabsetzung der von Deutschland zu leistenden Zahlungen handle, und zwar entsprechend dem am 19. Mai d. J. bei einer Konferenz im Weißen Haus gefassten Beschluß, die amerikanischen Ansprüche in prozentualen Verhältnis zu der von den Alliierten zugestandenen Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen zu ermäßigen.

W.D. London, 26. Okt. (Tel.) „Times“ berichtet aus Washington: Das Staatsdepartement hatte vorläufig nicht die Absicht, die Tatsache bekanntzugeben, daß in Berlin Verhandlungen über die Zahlungen im Gange sind, die von Deutschland den Vereinigten Staaten gestundet werden, und daß in angemessener Zeit ein Vertrag unterzeichnet werden wird. Nachdem jedoch diese Nachricht aus einer deutschen Quelle in Washington eingetroffen ist, erklärte Staatssekretär Stimson gestern, daß es sich bei diesen Verhandlungen um die Durchführung des Versprechens handle, das gemacht wurde, als der Sachverständigenausschuss in Paris Reparationsfragen erörterte. Die amerikanische Regierung sei damals der Ansicht gewesen, daß sie entsprechende Zugeständnisse zu machen bereit sei wie die anderen Gläubiger Deutschlands. Ein Vertragsentwurf ist noch nicht im Weißen Haus, er wolle daher darüber lediglich sagen, daß er Vorzüge für die endgültige Liquidierung der privaten Forderungen und Kriegskosten treffen würde, die zusammen die deutsche Schuld an die Vereinigten Staaten bilden. Aus demselben Grunde wolle er auch nicht die mögliche Rückwirkung eines solchen Vertrages auf den Youngplan erörtern, sowie auf das neue System, das dieser Plan einführen soll.

Der Korrespondent der „Times“ bemerkt: Hinter den Verhandlungen über den Vertrag steht sicher mehr, als aus Stimsons vorläufigen Äußerungen geschlossen werden kann. Es soll ein deutsch-amerikanischer modus operandi, der von jeder Verbindung mit dem Youngplan und seiner internationalen Bank frei ist, geschaffen werden. Der Vertrag werde die Zustimmung beider Häuser des Kongresses benötigen.

Die schwere Erkrankung des Fürsten Bülow

W.D. Rom, 26. Okt. (Tel.) Das Befinden des Fürsten Bülow ist unbedeutend erst.

Arno Holz †

W.D. Berlin, 26. Okt. (Tel.) In der vergangenen Nacht starb hier im Alter von 65 Jahren der Dichter Arno Holz.

Grundsteinlegung des Kölner Universitätsneubaues

W.D. Köln, 26. Okt. (Tel.) Bei der Grundsteinlegung des Universitätsneubaues hielt heute der preussische Kultusminister, Professor Dr. Beder, eine Ansprache. Die Universität Köln sei eine der größten in deutschen Vaterlande. Sie sei aus einer Handelshochschule hervorgegangen. Die enge Verbindung mit dem Wirtschaftsleben habe ihr von Anfang an ein charakteristisches Gepräge verliehen.

Die Lage in Kabul

W.D. London, 26. Okt. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Kabul: Alle Regierungsämter in Kabul sind wieder geöffnet und mit Männern besetzt, die sich früher im Dienste Amanullahs befanden.

Das schweizerische Budget 1930

Der schweizerische Bundesrat genehmigte am Freitag das eigenständige Budget für 1930, welches bei 333 Millionen Franken Ausgaben einen Überschuss von 110 000 Franken vorweist.

Sämtliche Ausgaben, mit Ausnahme derjenigen für das Militär, die genau gleich hoch sind wie im Vorjahr, sind etwas gestiegen. Bedeutende Ausgaben von rund 6 Mill. Franken hat das Departement des Innern wegen erweiterter Bekämpfung der Tuberkulose und anderer Krankheiten. An Einnahmen steht das Budget vor: ordentliche Stempelsteuerabgaben 59 Mill., außerordentliche Stempelsteuerabgaben 1,5 Mill., Einfuhrzölle 21 Mill., Zinsen 236 Mill., Tabak 21,8 Mill. und statistische Gebühr 12 Mill. (bisher rund 8 Mill.). Die Zuschüsse an die Gemeindeverwaltung belaufen sich auf 17,2 Mill., wovon 12 Mill. zu Lasten der statistischen Gebühr gehen; 5,2 Mill. Franken machen die Wahlprämien aus.

Rundgebung der Stadt Mainz. Die Stadtverwaltung von Mainz nahm gegen zwei Stimmen eine Rundgebung an, in der die Bevölkerung aufgefordert wird, das Volksbegehren nicht zu unterstützen. - Es wäre unverantwortlich, so heißt es in der Rundgebung, durch Ablehnung des Youngplanes dem besetzten Gebiet eine Verlängerung des Besatzungsdruckes und der wirtschaftlichen und seelischen Not zu bringen. - In der Stadt Mainz, die 79 000 Wähler hat, haben sich, nach einer Meldung der „Voss. Zeitung“, bisher 120 Personen in die Liste eingetragen.

Oberbürgermeister Weg aus Berlin ist Freitag früh aus New York abgereist.

*Zur französischen Kabinettskrisis

Briand muß doch aus irgendeinem tieferen Grunde, den die Öffentlichkeit bis jetzt noch nicht erfahren hat, die Luft an der Ministerpräsidentenschaft verloren haben. Jedenfalls hat er es aufs bestimmteste abgelehnt, von sich aus die Bildung eines neuen Kabinetts zu übernehmen. Ja, er hat sich sogar die Entscheidung darüber, ob er in einem neuen Kabinetts wieder den Posten des Außenministers übernehmen wolle, vorbehalten.

Der Präsident der Republik hat nunmehr den Vortzenden der stärksten Partei der Kammer, der radikalen Partei, Herrn Daladier, mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Die Partei selbst ist damit einverstanden, daß Daladier den Auftrag durchführt. Natürlich kann es sich nur um ein Kabinetts der Linken handeln.

Die Aussichten in der Kammer wären für ein solches Kabinetts nicht schlecht, wenn die Gruppe Loucheur mit ihren 54 Abgeordneten der Koalition beiträgt, und wenn die Sozialisten sich verpflichten, das Kabinetts zu unterstützen. Mit einer offiziellen Teilnahme der Sozialisten an der Regierung ist nach dem letzten Beschluß des sozialistischen Parteitag wohl noch immer nicht zu rechnen, aber es würde ja auch genügen, daß die Fraktion dem Kabinetts ihre wohlwollende Unterstützung zuläßt. Denn dann könnte das Kabinetts in der Kammer sich auf eine ausreichende Mehrheit stützen.

Alle Linksparteien sind entschlossen, die Linie der Briand'schen Außenpolitik fortzuführen. Auf dem Parteitag der wichtigsten und stärksten Linkspartei, auf dem Parteitag der Radikalen, ist der Wunsch nach konsequenter Fortsetzung der Außenpolitik Briands mit aller Entschiedenheit betont worden. „Aufrechterhaltung einer freundschaftlichen Entente mit England“ und „deutsch-französische Annäherung“ sind die wichtigsten Punkte des außenpolitischen Programms der Radikalen. Die Nachkriegsprobleme sollen endgültig liquidiert werden, und zwar auf der Grundlage des Youngplans und der Abmachungen im Haag.

Diese Festlegung auf den Youngplan ist um so bedeutender, als von nationalitätlicher Seite in letzter Zeit mit wachsender Energie gegen Youngplan und Rheinländeräumung agitiert wird. Diese Agitation hat sich jetzt sogar zu einer Eingabe verdichtet, welche der unter dem Vorstz des Generals Mardacq stehende „Nationalausschuss gegen die Rheinländeräumung“ an den Präsidenten der Republik gerichtet hat. In der Eingabe wurden auch die Verhandlungen über eine frühzeitige Rückgabe des Saargebietes beurteilt.

Inzwischen hat sich die Situation in Paris dadurch etwas kompliziert, daß Daladier die sozialistische Partei schriftlich aufgefordert hat, offiziell in das Kabinetts einzutreten, und für den Fall einer Ablehnung seinen Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hand des Präsidenten der Republik zurückzugeben will.

Daneben ist auch die Möglichkeit einer Kabinettsbildung durch die Sozialisten, und zwar durch Paul-Boncour, aufgetaucht. In einem solchen Kabinetts unter sozialistischer Leitung würden natürlich auch Mitglieder der radikalen Partei sitzen.

Am Montag soll die Krise in ihre entscheidende Phase eintreten. Ziemlich allgemein erwartet man eine ablehnende Antwort der Sozialisten an Daladier. Wahrscheinlich wird dann versucht werden, Daladier für die bereits oben erwähnte Kombination eines Linkskabinetts mit inoffizieller Unterstützung der Sozialisten zu gewinnen.

Reform der Krankenversicherung

Im Reichsarbeitsministerium wird, wie die „Voss. Zeitung“ berichtet, demnächst eine Besprechung über den Ausbau der Krankenversicherung stattfinden. Als Unterlage der Besprechung sollen die in einem Referentenentwurf aufgestellten Grundzüge dienen, da ein Gesetzentwurf noch nicht vorliegt. Es soll, dem genannten Blatt zufolge, geprüft werden, inwieweit der Kreis der Versicherten und das Ausmaß der Leistungen den sozialen Bedürfnissen besser angepaßt werden können. Insbesondere soll der Familienschutz der Krankenversicherung durch verschiedene Maßnahmen (Krankenhilfe für Familienangehörige, Familienzulagen zum Kranken- und Hausgeld) verbessert werden. Der zweite Punkt der Erörterungen wird sich mit dem Aufbau der Krankenversicherung befassen. Es ist geplant, für das ganze Reich einen Hauptausschuss für Krankenversicherung zu bilden, in dem die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Verbände der Krankenkassen, die Ärzteverbände und die soziale Medizin vertreten sind. Dieser Hauptausschuss soll für die Durchführung der Krankenversicherung Richtlinien aufstellen.

Marx und Kaas zur politischen Lage Neben in Karlsruhe und Freiburg

In einer Wählerversammlung der Zentrumsparlei in Karlsruhe besahe sich Freitag abend Reichsanzler a. D. Dr. Marx in der Hauptsache mit dem Volksbegehren, das eingeleitet sei von jener Kreistheorie, die uns schon so oft ins Unglück gestürzt habe. Es sei ein Volkswort von rechts. Verbrecherisch sei es, zu sagen, das deutsche Volk müsse erst wieder einmal zum Proleten und unterdrückt werden, um dann wieder als König aus der Asche zu erstehen. Vaterlandsgefühl zeige sich nicht in haltlosen Verdächtigungen und Verunglimpfungen, sondern darin, dem zusammengebrochenen deutschen Staatswesen Opfer zu bringen und es in den Stand zu setzen, zu neuer Wohlfahrt zu gelangen. Das Volksbegehren könne die Kriegsschuldfrage, die übrigens vom ganzen Volke und seinen Regierungen nie anerkannt worden sei, niemals aus der Welt schaffen. Wenn es nicht gelinge, die vier Millionen für das Volksbegehren aufzubringen, so erblicke er darin ein erfreuliches Zeichen der fortschreitenden Gesundung des deutschen Volkes.

In einer Zentrumsversammlung in Freiburg sprach Prälat Dr. Kaas zu der politischen Lage. Die Zentrumsparlei denke nicht daran, eine Schwärzung vorzunehmen. Sie stehe auf dem Wege, wo sie bisher gestanden habe, wünsche aber, daß sich möglichst viele, die links und rechts von ihr stehen, sich zu bewusster staatspolitischer Arbeit der Mitte annäheren. Koalitionen könnten keine Gesinnungsbindnisse und keine Gefängnisse werden für politisches freies Denken und politisches Handeln. Dr. Kaas warnte vor einer zu optimistischen Beurteilung des Youngplans, stelle aber hinsichtlich des Volksbegehrens fest, es könne keinen frontalen Angriff gegen das Werk von Versailles geben, sondern nur ein langsamer Abbau dieses Diktates sei möglich, wenn sich nicht die Vorgänge wie Ruhrbesetzung und ähnliche Dinge wiederholen sollten.

Um die gelben 50-Pfennig-Stücke

Die Tatsache, daß die Nürnberger Straßenbahn die Annahme der noch bis zum 1. Dezember d. J. gültigen gelben 50-Pfennig-Stücke aus Aluminiumbronze, verweigert, weil sehr viele falsche Stücke darunter seien, beschäftigt auch das Reichsfinanzministerium, und es ist nach Feststellung des Tatbestandes wohl in Kürze eine offizielle Verlautbarung in dieser Angelegenheit zu erwarten. Zum Rechtsstandpunkt wird vom Reichsfinanzministerium mitgeteilt, daß die Nürnberger Straßenbahn durch Verweigerung der Annahme der genannten Geldstücke nach den einschlägigen Bestimmungen schuldnerschuldig ist, sich aber nicht strafbar macht. Unter diesen Umständen kann die Stadt Nürnberg, wenn sie auf ihrer Weigerung beharrt, sich auf eine Anzahl von Zivilprozessen gefaßt machen.

Die Bestechungsaffäre bei der Eisenbahn

Br. Berlin, 26. Okt. (Priv.-Tel.) Im Verlaufe der Untersuchung der Bestechungsaffäre der Tiefbauunternehmerin Frau Klotz in Berlin-Pankow ist, wie die „N. Z.“ meldet, heute nacht einer der leitenden Beamten des Eisenbahnbetriebsamtes Cettiner Bahnhof, der Regierungs- und Bauerrat Eduard Arnold, unter dem dringenden Verdacht der passiven Bestechung verhaftet worden. Der Untersuchungsrichter hat ferner Haftbefehle gegen die vier bereits in der Angelegenheit verhafteten Beamten erlassen.

Zu den Zahlungsschwierigkeiten bei der Kieler Bank wird gemeldet, daß eine gerichtliche Voruntersuchung gegen die Bankdirektoren Glahn und Jacobsen wegen der gegen sie erhobenen Anschuldigungen der Bilanzverschleierung und des Betruges eröffnet und gegen die beiden Angeklagten Haftbefehl erlassen wurde.

Bei einer politischen Kauferei in München zwischen 20 Reichsbannerleuten und drei Stahlhelmläuten wurden zwei Reichsbannerleute durch Messerstiche leicht verletzt. Die an der Schlägerei Beteiligten wurden festgenommen.

Bei einem Großfeuer auf dem Gut Karlsdorf bei Dambitz (Mecklenburg) kamen 300 Schafe in den Flammen um. Außerdem sind 200 Fuder Getreide dem Feuer zum Opfer gefallen.

Karlsruher Konzerte

Im Mittelpunkt des Interesses, das wiederum eine zahlreiche Zuhörerschaft dem

II. Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters entgegenbrachte, stand die Aufführung eines „Concertino“ betiteltten Kammerkonzertes von Josef Schels mit dem Komponisten am Flügel. Das neue Werk, mit dem der einheimische Pianist — er zählt bekanntlich zum Lehrkörper der badischen Hochschule für Musik — nach längerer Schaffenspause hervortritt, zeigt die starken Stilwandlungen, denen in den letzten Jahren Orchesterkompositionen in irgendwelcher Verbindung mit Soloinstrumenten unterworfen waren. Da ist zunächst — ähnlich wie bei Hindemith oder Stravinsky — der Vollklang des großen Begleitorchesters auf grundlegendes Streichquintett und sieben Bläser reduziert, da hat auch gemäß so stark verringertem Klangmasse das Klavier eine ganz andere, viel selbständigere Funktion erhalten, und da hängt schließlich die Lebenskraft eines solchen Werkes nicht mehr so sehr von einer einzelnen besonders „schön“ erfundenen Melodie ab, sondern von der in sich geschlossenen Formung des Ganzen, von seiner thematischen Zielstrebigkeit und seinem durchdachten Aufbau. Man mühte auf diese Dinge, die gewiß gegen früher keine geringere schöpferische Potenz voraussetzen, nicht immer wieder hinweisen, wenn sie wirklich bekannt wären. Leider meinen aber viele, das alles sei durch bloße Verstandesarbeit zu erreichen und nur jenem mechanischen Spielprinzip werde dadurch Vorhub geleistet, das mit einem Maximum d'effort meist doch ein Minimum d'effet erziele. Auch Schels dreijähriges Werk hat zweifellos da und dort solche Beurteilungen ausgelöst, sie scheinen mir aber gerade in diesem Fall unberechtigt und oberflächlich. Denn die hundertstimmigen Dissonanzen, die auf- und abtauchenden Passagen und die kraftvollen Akkorde sind ebenso zwingende Folge der gewählten Agogik, die an Stelle weitläufiger Melodieböden oftinate Motive und insbesondere oftinate Akzente legt, wie überhaupt die atemlos beängstigende Spannung (zumal in den Außenjahren) daher rührt, daß die herkömmliche Logik der affordlichen Beziehungen hinter reicher Figuration und unheimlicher Kontrapunktik völlig zurücktritt. Daß trotzdem ein Musikmoderner nicht un sentimental zu sein braucht, wenn schon er es nur in eigenartig verhaltenem Ausdruck anklagen läßt, bezeugt der langsame Mittelteil, für den, der in solchen Fragen gründlicher Weisheit weiß, vielfach ein richtunggebendes Stück.

Daß der an dieser Beifällig aufgenommenen Robitität festzuhaltenbe ungeheure Stillstandes keineswegs der Spleen einer variablen Modeinstitution ist, sondern zur abermaligen Klang-

Die Arbeiten an der Schwarzwaldbahn

Infolge des außerordentlich günstigen Verlaufs des Herbstweiters konnten die noch im Zug befindlichen weiteren Arbeiten an der Schwarzwaldbahn, welche sich auf Abräumung von verwitterten Gesteinsmassen, Umbau und Verschiebung von Tunnelportalen, Durchsicht und Sicherung und Ausbesserung von Tunnelgewölben, Umbau von Durchlässen und Verstärkung für schwerere Maschinen, Umbau des Gleisoberbaus usw. erstrecken, in dem Arbeitsabschnitt oberhalb Triberg zwischen dem Nordportal des Sommerautunnels und dem Bahnhof Ruppach sehr rasch gefördert und in der Hauptsache abgeschlossen werden, ehe mit dem Eintritt von Frost gerechnet werden muß. In Verbindung damit brauchte auch der einseitige Betrieb auf der Teilstrecke nur verhältnismäßig kurze Zeit aufrecht erhalten zu bleiben. Der Betrieb vollzieht sich bereits seit etlichen Tagen wieder zweigleisig.

Kurze Nachrichten

Die grüne Front verlagert. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge hat der Landbund seine Absicht, ein gemeinsames Programm mit den übrigen Partnern der grünen Front herauszubringen, bis zum Ablauf des Volksbegehrens vertagt. Dieses Programm sollte eine scharfe Kampfansage an den Reichsfinanzminister Dietrich sein. In der Vertagung dürfte, wie das genannte Blatt bemerkt, nicht wenig der Austritt von Zentrumsabgeordneten aus dem Landbund beigetragen haben.

Nachtragsetat erst im Frühjahr. Das Reichsministerium hat, wie die „D. N. Z.“ zuverlässig erfahren haben will, vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, den ihm vom Reichsfinanzministerium vorgelegten Entwurf des Nachtragsetats für 1929 insoweit zurückzustellen. Er soll erst gemeinsam mit dem Entwurf des neuen Etats für 1930 dem Reichsrat zugeleitet werden.

Abreise der Saardelegation verschoben. Die deutsche Delegation für die Saarverhandlungen, die heute, Samstag, nach Paris abreisen sollte, hat wegen der französischen Regierungskrise ihre Abreise vorläufig aufgeschoben müssen.

Die Räumung von Aachen. Aachen wird am 30. November von der Besatzung geräumt sein. Die Räumung setzt mit dem 10. November ein. Ein Teil der Offiziersquartiere ist schon geräumt worden.

Abg. Bruhn aus der Deutschnationalen Partei ausgeschieden. Die Deutschnationale Partei hat gegen den Abg. Bruhn wegen seiner Beziehungen zu den Gebr. Sklare ein Verfahren eingeleitet. Daraufhin hat Bruhn seinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei erklärt.

Wahlzählung am 2. Dezember 1929. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Durchführung der allgemeinen jährlichen Wahlzählung am 2. Dezember 1929 angeordnet.

In Schleswig-Holstein haben sich bis zum 24. Oktober nach den bisherigen Zählungen 47 120 Personen in den Eintragungslisten zum Volksbegehren eingetragen. Die Zahl der Stimmberechtigten nach den letzten Reichstagswahlen beträgt 993 610.

Der englische Premierminister MacDonald hat sich Freitag abend in Ducebo auf dem Dampfer „Duchess of York“ nach England eingeschifft, wo er am 1. November eintreffen wird. Im Parlament, dessen Sitzung am 29. Oktober beginnt, wird MacDonald zum ersten Male am 4. November erscheinen. Bis dahin wird ihn Schatzkanzler Snowden vertreten.

In Fürth bei Nürnberg wurde eine Fallschirmwerkstätte aufgehoben. Der Hersteller der Fallschirme, der Grabieranstaltsbesitzer Georg Studrudet, hat sich durch Gift das Leben genommen.

Ministerialdirektor Dittus im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, erlitt einen schweren Jagdunfall, der seinen Tod herbeiführte.

Durch Vordrehung einer Schraube ist die Maschine zum Anlassen der Motoren des englischen Luftschiffes „R 101“ unbrauchbar geworden. Infolgedessen sind die weiteren Probe- flüge vorläufig abgefaßt worden.

Eine furchtbare Explosion in der Pulverfabrik von Castelfo bei Bologna, hat 30 Todesopfer gefordert. Elf bisher Vermisste sind uns Leben gekommen. Bei den Aufräumungsarbeiten fand man nur noch einzelne Glieder der zerrissenen Körper.

werdung eines uns freilich durch die Jahrhunderte verloren- gegangenen wichtigen Substantivbegriffes der Musik führt, das mühte wohl jeder aus dem zuvor gespielten fünften Brandenburgischen Konzert von Bach herauszuhören, einem Werk, an dessen Kontinuität zwischen der Klängegestaltung des Mittelalters mitgearbeitet hat. Zwar hätte auf den kammermusikalischen Kontakt zwischen der Violine (Ottomar Voigt), der Flöte (Karl Spittel) und dem Klavier (Josef Schels) an manchen Stellen noch ein sorgfältigeres Augenmerk gerichtet werden können, im allgemeinen wurden jedoch die dieser wertvollen Gebrauchsmusik zugrunde liegenden Absichten recht deutlich verwirklicht. Nach der Pause gab Generalmusikdirektor Josef Krips noch eine vorzügliche Darstellung von Mozars Mozart-Variationen. Statt das Konzert mit der in den Gesamtakten des Abends nicht passenden „Samont“-Overtüre zu eröffnen, wäre es wohl zweckmäßiger gewesen, mit einer — übrigens anderwärts schon erproben — sofortigen Wiederholung der Robitität das Programm zu füllen.

Zu den künstlerisch schönsten Darbietungen eines Konzerts- winters zählt schon immer ein bon

Wendling-Quartett

veranstalteter Kammermusikabend. Auch diesmal braucht man nicht zu zögern, insofern der subtilen und charaktervollen Musikalität, über die diese Stuttgarter Vereinigung verfügt, ihrem Auftreten die Bedeutung eines besonders erfreulichen Ereignisses zuerkennen. Vor allem wie die vier Spieler die Neuheit ihrer Vortragsfolge, ein Quartett Debussys (op. 10, G-Moll), in das ihr gemäße sein dämmerige Licht hüllten, erwies ihre meisterhafte, von großer Intensität und konzertantem Schwung getragene Kunst. Bei der an sich zu einer gewissen Weichlichkeit neigenden Schöpfung verband sich geistige Durchdringung des Stofflichen mit soliel bis in die Fingerspitzen reagierendem Musikempfinden, daß alle vier Sätze die freudige Zustimmung einer sehr bereitwillig mitgebenden Zuhörerschaft fanden. Nicht minder festelte die Wiedergabe eines Mozart-Quartetts (G-Dur, Köch. 387) und die ohne akademische Tüftelei aufgetürmte Interpretation von Brahmsens Klavierquintett op. 34, F-Moll. Dabei zeigte überdies Kitty von Teuffel eine über alle Zufälligkeiten gewachsene Kunst des Begleitens, die der gebiegenen einheimischen Pianistin herglücklichen Erfolg eintrug.

Freiburger Theaterbrief

er. Die Erregung der Gemüter über die Befetzung des durch die Verunglückte Lindemann nach Frankfurt frei gewordenen ersten Kapellmeisterpostens hatte sich vor einem zur definitiven Entcheidung ausserordentlich Morgenkonzert bis zur Sensationsstimmung verdichtet. Nachdem Oppenheim (Würz-

Badischer Teil

Die Zementlieferungen für das Schluchseewerk

Zu den verschiedenen Pressmeldungen in dieser Angelegenheit wird vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Schluchseewerkes mitgeteilt:

In Nr. 247 der „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ vom 22. d. M. und in einer Reihe von anderen Blättern wurde ein Schreiben der Direktion der Portlandzementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart A.G. veröffentlicht, das sich mit der Zementlieferung für das Schluchseewerk befaßt.

Wenn die Schluchseewerk-A.G. beschlossen hat, für die geplanten Wasserbauwerke nur Hochofenzement bester Sorte zu verwenden, so geschah das selbstverständlich nicht aus Liebhaberei, sondern weil die Versuche mehrerer Jahre ergeben hatten, daß die andern handelsüblichen Zementarten, wie sie z. B. in Weimen fabriziert werden, den Angriffen der kalkarmen, aber an freier Kohlensäure reichen Gewässer des Schluchseegebiets nicht standhalten; Würfel aus den genannten Zementarten, die man in die Gewässer gelegt hatte, waren nach 1 bis 2 Jahren angegriffen. Daß unter diesen Umständen die verantwortlichen Ingenieure — die Behauptung, es handle sich um denselben leitenden Beamten wie beim Bau des Kurzwertes, ist unrichtig — die ausschließliche Verwendung von Hochofenzement für die Wasserbauten vorgeschlagen haben, kann nicht überraschen.

Die Schluchseewerk-A.G. hat sich selbstverständlich bemüht, deutschen Hochofenzement zu erhalten, sie hat sich zu diesem Zweck an den süddeutschen Zementverband, der den Verkauf der dem Syndikat angehörenden süddeutschen Zementfabriken ausschließlich befragt, und an den Güttengementverband in Düsseldorf, den größten deutschen Hersteller von Hochofenzement, gewandt. Beide Verbände haben jedoch Hochofenzement, der den zu stellenden Forderungen (s. o.) völlig entsprach, nur in so kleinen Mengen angeboten, der Güttengementverband zudem lediglich für 1929, daß damit der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden konnte.

Wenn diesen Tatsachen gegenüber die Direktion der Portlandzementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart A.G. behauptet, die süddeutsche Zementindustrie sei selbstverständlich in der Lage, die vom Schluchseewerk benötigte Zementmenge in mindestens ebenso guter Qualität und in jeder Menge herzustellen, so wird man, wenn wirklich Hochofenzement bester Qualität gemeint sein sollte, die erkaunte Frage stellen müssen, warum ihn der süddeutsche Zementverband der Schluchseewerk-A.G. nicht angeboten hat.

Statt dessen hat der Verband, als das oben erwähnte ungenügende Angebot nicht angenommen wurde, ein Angebot für Zement aus nicht deutschen Werken in Aussicht gestellt. Es wird wohl niemand der Schluchseewerk-A.G. verübeln, wenn sie es vorzog, nachdem so erwiesen war, daß Zement der gewünschten Beschaffenheit und in der zur Sicherstellung der rechtzeitigen Fertigstellung der Bauten notwendigen Menge aus deutschen Werken nicht zu erhalten war, nunmehr ohne Vermittlung des Syndikats lothringischen Zement zu günstigeren Bedingungen auf anderem Wege zu bestellen.

Was nun den Kontingentierungsvertrag zwischen der deutschen und französischen Zementindustrie betrifft, nach dem der süddeutsche Zementverband jährlich eine den Zementbedarf der Schluchseewerk-A.G. mehrfach übersteigende Menge lothringischen Zements zu übernehmen sich verpflichtet hat, so behauptet die Direktion der Portlandzementwerke, der Lieferungsvertrag des Schluchseewerkes habe die Höhe dieser Einfuhrmenge ungünstig beeinflusst. Diese Angabe muß auf einem Irrtum beruhen; wenn der Vertrag zwischen der deutschen und französischen Zementindustrie auch erst im Sommer dieses Jahres endgültig abgeschlossen wurde, so stand doch die Höhe des französischen Einfuhrkontingents schon in einer Zeit fest, als die Höhe dieses Kontingents ist später nichts mehr geändert worden. Da zudem die Lieferung an das Schluchseewerk, wie der Direktion von zuverlässiger Seite bestätigt wurde, auf dieses Kontingent anzurechnen wird, kommt infolge des Lieferungsvertrags der Schluchseewerk-A.G. nicht eine Tonne mehr nach Deutschland, als es ohne den Vertrag der Fall wäre. Die Behauptung, der Lieferungsvertrag vermehre die Arbeitslosigkeit in der badischen Zementindustrie, kann daher nicht aufrecht erhalten werden.

burg) schon in den Anfangsstadien der Verhandlungen nach Breslau weggeholt worden war, traten Cremer (Plauen) und Balzer (Düsseldorf) zum Endkampf an. Beiden war in der Oper die gleiche Aufgabe gestellt, beide zeigten in dieser Meisterfinger-Aufführungen erhebliche Qualitäten, die aber immerhin noch die Qual der Wahl machten. Beide hatten dann auch ein Morgenkonzert zu dirigieren, und bei dieser Probe trug Hugo Balzer den Sieg mit so unzweifelhafter Klarheit davon, daß seine Ernennung durch den Theaterauschuß unmittelbar auf dem Fuß folgte. Beethovens fünfte Sinfonie erklang mit einer Wucht und Frische und Geschlossenheit, daß man unwillkürlich an ganz große Erlebnisse mit den Berliner Philharmonikern unter Furtwängler erinnert wurde, und Wagner Variationen über ein Mozart-Thema bot Balzer mit einer Geistigkeit und Beherrschtheit, die man bewundernd und beglückt wahrnahm, welche Magie dieser Führer bei dieser ersten Bekanntheit auf die Musiker ausstrahlte. Des Jubels war fast kein Ende. — Nach Wagners „Meist“ erlebte die Oper einen Höhepunkt mit der Grittaufführung von Mozars Jugendwerk „Die Gärtnerin aus Liebe“ unter Friedrich Herzfelds Leitung und mit der ganz aus dem Stil der Musik geschöpften Regie Arthur Schneiders, dem Kolter ten, Koonts eine ungemein feine Dekoration hellte.

Im Schauspielpersonal sind verschiedene neue Gesichter zu sehen. Gerhart Hauptmanns „Florian Geier“ war eine gutgestufte Aufführung, der tobende Lärm aber und das harte Vielerlei liegen rein menschliche Wirkungen nur auf Augenblicke hinaus aufkommen. Reiner und tiefer waren sie in Poughams Schauspiel „Die heilige Flamme“ mit einer vor- trefflichen Lösung und Spannung des Dialogs. In Laura Wagner erkannte man da den im Ensemble längst vermischten Typ der eleganten mondänen Dame, die zudem über eine wohlthuend gepflegte Sprechweise verfügt, ein Vortrag übrigens, der auch ihren Partnern Erwin Kinder auszeichnet. Als Lang, die die problematische Kranke des Werkes gab, erwies sich auch an diesem Abend als ein vielversprechendes junges Talent. Seine dritte und größte Leistung aber bot der neue Spieler Walter Felsenstein in Sheriffs Kriegsroman „Die andere Seite“, ein Eindring, der aus seines Zuhörers Gedächtnis je wieder verschwinden wird. Ein anderes englisches Stück, Sherwoods Komödie „Hannibal ante portas“, das Ernst Hart inszenierte, liebt seine passivistische Tendenz in witzige Satire ein und hatte einen schallenden Heiterkeitserfolg. Scharpears „Kaufmann von Venedig“ ließ Intendant Krüger auf rasch vorüberfliegenden Schauspielern spielen und wahrte ihm so unangestastet den Charakter der heiteren Komödie. — In der Operette scheint man mit der Verpflichtung von Steffi Domes und Paul Wassermann gut gefahren zu sein: Lehars „Barwisch“ und Osylers „Goldne Meisterin“ bestätigen es vollauf.